



Silvesternacht

Repressive Strafverfolgung ist die beste Prävention

Die Präventionsprogramme wie „Klarkommen!“ für junge Kriminelle aus den Maghreb-Staaten zeigen keine Wirkung. In einem aktuellen Dokument aus dem Innenausschuss, der gestern tagte, führt Landesinnenminister Jäger aus, dass 15 Projektteilnehmer in Köln seit Jahresanfang 35 Straftaten begangen haben, die polizeilich bekannt sind.

„Man kann zeigen, dass die Silvesternacht keine Naturkatastrophe war, die über die Stadt hereinbrach, wie man angesichts der Berichterstattung meinen könnte, sondern die Summe Hunderter individueller Entscheidungen und Fehlentscheidungen, die zu Toten hätten führen können“, so leitet „Die Zeit“ in einem umfangreichen Beitrag über die Vorkommnisse und Hintergründe der Silvesternacht ein, in dem auch ich zu Wort komme: <http://kurzlink.de/ZeitSilvesternacht>.

Die Landesregierung und die Justiz müssen endlich verstehen, dass die Täter eine klare Kante brauchen. Denn die beste Prävention ist Abschreckung.

Schwarz auf weiß:

Drohende Abwärtsspirale der Kommunen in NRW

Die Bertelsmann Stiftung hat in dieser Woche eine neue Studie zu den Ausgaben der öffentlichen Hand herausgegeben. Die Zahlen dokumentieren die wachsenden Probleme in Nordrhein-Westfalen.

Den nordrhein-westfälischen Kommunen droht eine Abwärtsspirale aus immer weniger Investitionen, mehr Schulden und steigenden Steuersätzen. Bei den kommunalen Grund- und Gewerbesteuern ist NRW Höchststeuerland im Ländervergleich. Nach den aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes liegt von den 100 deutschen Kommunen mit den höchsten Grundsteuersätzen die Hälfte in NRW. Auch die Steuersätze für Gewerbebetriebe sind im Ländervergleich ebenfalls hoch: Von den 18 teuersten Kommunen liegen 17 in Nordrhein-Westfalen.

Rot-Grün in NRW verantwortet die letzte Position im Ranking bei den infrastrukturbezogenen öffentlichen Ausgaben. Angesichts von mehr als der Hälfte aller bundesweiten Kassenkredite der Kommunen warnt auch die KfW-Bank vor einer Abwärtsspirale. Den hoch verschuldeten Kommunen droht ein Teufelskreis. Die Landesregierung darf nicht weiterhin die Hände in den Schoss legen. So müssen finanzielle Anreize des Landes her, damit die vom Bund zur Verfügung gestellte Investitionsmilliarde auch von den Kommunen abgerufen werden kann. Die Studie: <http://kurzlink.de/Bertelsmann160627>.

Breitbandausbau

Rot-Grün verpasst die digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens

Kompetenzgerangel unter den Ministerien, unterschiedliche Ziele, keine klaren Absprachen und verwirrende bzw. sich widersprechende Aussagen: Der schnelle Zugang zum Internet wird in vielen Orten weiter auf sich warten lassen.

Sofern es bei der bisherigen jährlichen Ausbaudynamik von 2 Prozent beim Zuwachs der Haushalte mit schnellen Datenverbindungen bleibt, hat Nordrhein-Westfalen erst 2027 eine flächendeckende Breitbandversorgung. In anderen Bundesländern, allen voran Bayern, ist längst klar: Wachstumsimpulse sind nur noch mit Digitalisierung machbar. Flächendeckende schnelle Datenleitungen sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, insbesondere im ländlichen Raum.

Auch fehlt nach wie vor eine nennenswerte Landesförderung für den Breitbandausbau. Lediglich die 135 Millionen Euro aus der Digitalen Dividende 2 werden gesichert für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Wir haben bereits mehrfach gefordert, wenigstens 300 Millionen Euro freiwerdende Steinkohlensubventionen in den Breitbandausbau umzuschichten.